

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

- die Finanz- und Wirtschaftsbildung als fächerübergreifendes Thema in den Lehrplänen weiter auszubauen,
- eine bundesweite Informationskampagne zu starten, um möglichst niederschwellig junge Menschen vor den Gefahren der Überschuldung zu warnen,
- Angebote für präventive Beratung gegen Überschuldung von Jugendlichen zu fördern.

Begründung

Die Verschuldung junger Menschen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Vor allem Online-Shopping mit der "Buy-Now-Pay-Later"-Bezahlösung, Konsumkredite und Abo-Modelle treiben junge Menschen in die Schuldenfalle. Besonders stark betroffen sind junge Erwachsene, die bereits sehr früh in finanzielle Notlagen geraten sind.

Aktuelle Zahlen der Insolvenzstatistik des Alpenländischen Kreditorenverbandes (AKV) zeigen, dass sich im Jahr 2023 um 22 Prozent mehr Personen unter 24 Jahren in Privatinsolvenz befanden als noch im Jahr zuvor.

Laut asb-Schuldenreport 2024 lag die Durchschnittverschuldung von Personen bis 30 Jahren im Jahr 2023 bei 30.095 Euro. Junge Männer haben im Schnitt höhere Schulden (34.107 Euro) als junge Frauen (24.401 Euro). Ein Hauptgrund für die Überschuldung dieser jungen Menschen ist eine mangelnde Finanz- und Wirtschaftsbildung.

48 Prozent der befragten Jugendlichen gaben bei einer Studie des Sozialunternehmens YEP in Zusammenarbeit mit dem Erste Financial Life Park (FLiP) an, sich beim Thema Geld und Finanzen "eher nicht" oder "gar nicht" auszukennen. Jeder fünfte Jugendliche in Österreich hat keine Übersicht, wie viel Geld er im Monat ausgibt. Weiters hatten 17 Prozent der Befragten schon einmal Sorgen, geborgtes Geld nicht zurückzahlen zu können.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Ergebnisse muss in den Bildungseinrichtungen ein noch stärkerer Fokus auf das Thema Geld und Finanzen gerichtet werden, um junge Erwachsene vor Verschuldung zu bewahren. Die Finanz- und Wirtschaftsbildung als fächerübergreifendes Thema muss in den Lehrplänen weiter ausgebaut werden.

Mit einer bundesweiten Informationskampagne und dem Ausbau der präventiven Beratung sollen die Risiken der Überschuldung für junge Menschen verringert und gleichzeitig die Vorteile aus dem richtigen Umgang mit Geld vermittelt werden. Damit die zukünftigen Generationen auch unter den immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen die Möglichkeit haben, sich selbst etwas aufzubauen und zu schaffen.

Linz, am 10. Juni 2024

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Hofmann, Klinger, Handlos, Schießl, Graf, Dim, Kroiß, Fischer, Gruber, S. Binder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Manhal, Stanek, Kirchmayr, Nell, Aspalter, Zehetmair, Gneißl, Lengauer